

Ercheitert täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johanniskirche 33.
Bestellungen der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Für die Abgabe empfangener Corre-
spondenzen macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Kundensprei für die nächst-
folgende Nummer bestimmen
Zuerst an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Filialen für Zus. Annehm:
Cito Kienm, Universitätsstr. 22,
Pauls Wöhr, Rothornstr. 1b, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 254.

Donnerstag den 11. September 1879.

73. Jahrgang.

Anlage 16,000.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frachtlohn 6 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungsplan 10 Pf.
Schichten für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.
Kartons unter dem Redaktionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannuorando
oder durch Postnachnahme.

Bekanntmachung.

Der officielle Anfang der diesjährigen Michaelismesse fällt auf den 29. September und es endigt dieselbe mit dem 18. October.
Während dieser drei Wochen können alle in- und ausländische Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende ihre Waaren hier öffentlich feilbieten. Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Woche, vom 29. September an betrieben werden.
Das Auspacken der Waaren ist den Inhabern der Reichslocalitäten in den Häusern ebenso wie den in Ruben und auf Gärten feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Wöchentlichkeit gestattet. Zum Auspacken ist das Offenhalten der Reichslocalitäten in den Häusern auch in der Woche nach der Wöchentlichkeit gestattet.
Jede frühere Öffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufsortes wird, außer der sofortigen Schließung desselben, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu 75 A. geahndet werden.
Kundensprei Expedienten ist von der hauptstädtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Wöchentlichkeit das Expeditionsgeschäft hier gestattet.
Leipzig, den 8. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Das 32. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 30. d. M. auf dem Rathhaussaale öffentlich ausbängen.
Dasselbe enthält:
Nr. 1890. Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesraths. Vom 2. September 1879.
Nr. 1891. Bekanntmachung, betreffend die Einlösung der Banknoten der Sächsischen Bank. Vom 3. September 1879.
Leipzig, den 9. September 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdtg.

Holzauktion.

Die vom Abbruch des Eisenerkers oberhalb der Heiligen Brücke abgelagerten alten Bauhölzer, Pfosten, Säcke und Eisenteile sollen
Freitag, den 12. September, Nachmittags 3 Uhr
an Ort und Stelle gegen Barzahlung veräußert werden.
Leipzig, den 10. September 1879.
Die Verwaltung.

Bekanntmachung.

Indem wir nochmals auf den am 13. dieses Monats beginnenden ständigen Abbruch des hiesigen Altholzhandels verweisen, machen wir die betreffenden Adjacenten darauf aufmerksam, daß es in ihrem eigenen Interesse verboten ist, während der Dauer des Abbruchs die etwa erforderlichen Reparaturen an den Ufermauern vorzunehmen, damit dieselben genügende Widerstandsfähigkeit gegen die Strömungen des Wassers erhalten.
Leipzig, am 8. September 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baugemein.

Gewölbe- und Wohnungs-Vermietung.

In dem Universitätsgrundstück Ritterstraße Nr. 9 werden zum 1. April 1880
a. die sämtlichen Parterrelocale nebst Küche, Keller und zwei Niederlagen, in welchen bisher eine Weinhandlung und ein Weinrestaurant betrieben worden ist,
b. die erste Etage, aus Veranda, sechs Zimmern, Kammer, Keller und Bodenraum bestehend,
c. die zweite Etage, Veranda, fünf Zimmer, Kammer, Küche, Keller und Bodenraum enthaltend, und
d. ein Dachlogis, zwei Stuben, Kammer, Küche und übriges Zubehör umfassend,
erner
e. in dem Universitäts-Grundstücke Goethestraße Nr. 6 drei Keller-Abtheilungen und zwei Niederlagen
mietfrei und sollen, die Parterrelocale und jede Wohnung für sich, die separaten Kellerabtheilungen und Niederlagen ab oder nach Befinden einzeln oder zusammen von jedem Zeitpunkt ab auf weitere sechs Jahre verpachtet, jedoch vorbehaltlich der Auswahl unter den Licitanten und der Entscheidung in der Sache überhaupt, verpachtet werden. Hierzu ist auf
Freitag, den 19. September d. J., Vormittags 10 Uhr
Termin angesetzt und werden Reflectanten eingeladen, sich zu dieser Zeit im Universitäts-Rentamt (Baulinum) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.
Die Mietbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.
Leipzig, am 8. September 1879.
Universitäts-Rentamt.
Rat.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuern zu Leipzig hat beschlossen, zur theilweisen Deckung ihres Verwaltungsaufwandes für das laufende Jahr auf jedes volle Hundert Mark des aus dem Gewerbebetriebe herrührenden Einkommens einen Zuschlag von drei Pfennigen zu erheben.
Indem wir diesen Steuerzuschlag, welcher mit dem auf den 30. d. M. fallenden Einkommensteuertermin erhoben werden soll, hiermit auskündigen, bemerken wir, daß derselbe von allen zur Gewerbesteuer mahlberechtigten Gewerbebetriebern des Leipziger Gewerbebezirks (Stadt Leipzig, sowie die Gerichtsämter I und II, Zwenkau, Taucha und Markranstädt), deren bezügliches Einkommen 600 A. übersteigt, zu entrichten ist.
Leipzig, den 11. September 1879.
Die Gewerbesteuern.
H. Döbel, Vorsitzender. Herzog, Secr.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. September.
Seit der Begründung des Deutschen Reiches kann der Staat Preußen mit dem österreichischen Nachbar in eine nicht eben ersteckliche Rivalität treten. Wir meinen in Bezug auf die diesseitige Seite der Leitsa mit chronischer Beharrlichkeit sich vollziehenden Ministerkrisen. Auch bei der preussisch-deutschen Regierung waltet seit Jahren in den Ministerhöfen eine ähnliche Freizügigkeit ob, ein Wechsel, welcher dem inneren Ausbau neuer Verhältnisse keineswegs förderlich ist. Ein werdender Nationalstaat sollte der Experimental-Politik möglichst entzogen. Eine neue Krise in Preußen stellt sich jetzt den bisherigen zu. Wir haben bereits gestern auf die Sache hingewiesen und bringen heute die folgende, damit in Zusammenhang stehende Correspondenz aus Berlin. Man schreibt uns vom Dienstag: „Mit großer Bestimmtheit tritt das Gerücht auf, daß Justizminister Dr. Leonhardt gegen Ende der vorigen Woche seine Entlassung eingereicht habe. Es galt längst als feststehend, daß Herr Leonhardt, der bekanntlich „leidend“ ist, nach Vollendung der neuen Justizorganisation von seinem Amte zurücktreten würde. Dennoch würde dies Ereigniß gerade im gegenwärtigen Augenblicke ziemlich unerwartet kommen. Herr Leonhardt ist erst vor Kurzem von einer Erholungskreise zurückgekehrt, und man hat seitdem nicht vernommen, daß sein Gesundheitszustand sich ungünstiger gestaltet habe. Demnach schien Alles darauf zu sprechen, daß er noch so lange auf seinem Posten ausbleiben würde, bis die neue Organisation in Thätigkeit getreten. Begreiflicher Weise gehen nunmehr die verschiedensten Versionen über die Motive seines plötzlichen Rücktrittes um. Ein noch lebhafteres Interesse aber wendet sich der Frage nach der Person des Nachfolgers zu. In der That würde es gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen von Werth sein, dieselbe zu kennen. Vielleicht würde dadurch auf die Gesamttrichtung der Regierungspolitik ein aufhellendes Streiflicht fallen, welches bei der hartnäckigen Schweigenspolitik der Regierungsborgane über diese Richtung doppelt willkommen wäre. Von den verschiedenen umlaufenden Gerüchten erwähnen wir nur das merkwürdigste, aber nach unserer Meinung zugleich unwahrscheinlichste. Es heißt nämlich, daß kein Anderer als Herr Dr. Fall den abgehenden Justizminister ersetzen würde. Von dieser Combination ist allerdings in früheren Stadien die Rede gewesen; es soll sogar Herrn Fall im Momente seines Rücktritts vom Cultusministerium ein derartiges Anerbieten gemacht worden sein. Heute aber ist die Lage doch eine ganz andere. Der neue Cultusminister, Herr von Pottfamer, hat ausdrücklich erklärt, daß er in wesentlichen Punkten mit seinem Amtsvorgänger nicht übereinstimme. Herr Fall müßte also, falls er Justizminister würde, die solidarische Verantwortlichkeit für eine Kirchen- und Schulpolitik mit übernehmen, welche zu der seinigen theil-

weise in erklärtem Gegensatz stünde. Dies ist unbedenklich.“
Es liegt in der Natur der Sache, daß im gegenwärtigen Wahlkampf die der Herrschaft der Fortschrittspartei verfallende Kaiserstadt das Schaupiel ausweise, daß die gemäßigt Liberalen im Schlepptau der stärkeren Partei segeln. In den preussischen Provinzen tritt diese Erscheinung keineswegs mit gleicher Deutlichkeit hervor. Bezüglich ist allerdings ein Zusammengehen der beiden liberalen Fraktionen erkennbar. Zur Sache wird uns aus Berlin vom Dienstag geschrieben: „Der Abgeordnete Ludwig Loewe hat gestern die Wahltagung im 1. Berliner Landtagwahlbezirk mit einer Rede eingeleitet, in welcher er die politische Lage von dem bekannten fortschrittlichen Standpunkte eingehend erörterte und an die Wähler die Mahnung richtete, zur Abwehmung der Reaction und zur Verhinderung der gegenwärtig vorbandenen constitutionellen Erregungen einstimmig zusammenzutreten. In den Provinzen scheint man in der That den Gegensatz zwischen den liberalen Parteien mehr conseruieren zu wollen, als es in der Hauptstadt der Fall ist, wo Nationalliberale und Fortschrittler durchaus Hand in Hand gehen. Man beherzigt, was Herr von Hordeneub schon vor längerem als einem Jahre gesagt hat, daß es heute nicht sowohl gilt, Neues zu erringen, als vielmehr das Erreichte zu erhalten. Uebrigens wird die Fortschrittspartei diesmal, wie wir hören, mit keinem besonderen Programm vor die Wähler treten, sondern sich auf den am Schluß der Reichstagssession erlassenen kurzen Wahlsatz beschränken. Es dürfte Dies auch um so weniger nöthig sein, als das im vorigen Herbst vom Parteitag beschlossene Programm die Stellung der Partei charakterisirt und ihre Haltung in allen sich ergebenden Fragen vorgezeichnet. Ausgeschlossen dürfte eine Ansprache allgemeinerer Natur seitens des Central-Wahlcomit6, welche die Rothwendigkeit des Zusammengehens der liberalen Parteien accentuirt, indeß nicht sein. — Wie uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, soll die Auflösung des Abgeordnetenhauses im Anfang der künftigen Woche erfolgen und ebenso die Ausschreibung der Neuwahlen. Die Berufung des Landtags ist für die zweite Hälfte des October in Aussicht genommen und werden die Vorlagen wegen Ankauf der verschiedenen Eisenbahnen den Hauptgegenstand der Session bilden.“
Die Kohle spielt nicht nur in der Volkswirtschaft, sondern auch in der Politik eine große Rolle. Die ganze Nachstellung Englands beruht darauf. Für die deutsche Marine ist die Kohlenfrage nach jeder Seite hin eine „brennende“; mit Bezug darauf schreibt man uns aus Berlin: „Von der Verwaltung der deutschen Kriegsmarine wird zur Zeit nur noch deutsche Kohle verwandt, indeß läßt der überseeische Export deutscher Kohlen noch sehr zu wünschen übrig. Eine wesentliche Förderung würde das Exportgeschäft erhalten, wenn erst die deutsche Marine sich entschleße, nach

Moderne Kampfmittel.

Das Parteigetriebe, wie es sich in den letzten Jahren an der politischen Entwicklung gestaltet, hat, wie wir des Oeffteren hervorgehoben haben, eine Reihe von Kampfmitteln zu Tage gefördert, die keineswegs eines auffretenden Nationalstaates würdig sind. Anstatt mit offenem Bistur den Gegner zu erwarten, muß Hinterlist und Fuchseli dazwischen kommen, um ihn, wenn möglich, zu Falle zu bringen. Wir bekennen, daß diese Ausdrücke hart sind, aber wir bedenken den Beweis der Wahrheit anzutreten, indem wir noch hervorheben, daß die Parteipresse in der Regel ein größerer Theil der Schuld trifft, als die Parteien selbst. Widerlicheres aber läßt sich nicht denken, als die Weise, wie jetzt die Conseruativen über die verschwendische Finanzwirtschaft der Liberalen klagen. Wenn der Abschamm der agrarischen Presse seinen Lesern derartige Verleumdungen aufsticht, wundert man sich nicht. Aber auch die „Kreuzzeitung“, die unter ihrer dormaligen Leitung im Allgemeinen auf eine noblere Kampfart zu halten pflegt, wendet vor diesem unwürdigen Kampfgriffe nicht zurück. Vor Kurzem rief sie entzückt aus: „Ist es nicht die liberale Majorität im Abgeordnetenhaus und im Reichstage gewesen, welcher wir die höheren Ausgaben verdanken?“ Und in einer Kritik des Wahlsatzes der nationalliberalen Partei bemerkt sie zu der Stelle, welche die Rothwendigkeit einer sparsamen Verwaltung betont: „Für alles Das wollen die Nationalliberalen eintreten. Das klingt nun freilich sehr schön und es ist recht erfreulich, daß die Nationalliberalen solche guten Vorsätze gefaßt haben, — aber wahrlich, man wäre versucht, an der Hand der finanziellen Geschichte des letzten Jahres hätte zur Illustration derer guten Vorsätze eine Satire zu schreiben.“ Nun, wie steht es denn um diese „finanzielle Geschichte“? Allerdings sind die Staatsausgaben in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen; aber sind es die Liberalen gewesen, welche diese Steigerung hervorgerufen? War es nicht vielmehr eine conseruative Regierung, welche die Mehrforderungen an den Reichstag stellte? Und wie haben sich die Conseruativen zu diesen Mehrforderungen gestellt? Wenn die obigen Bemerkungen der „Kreuzzeitung“ überhaupt einen aufrichtigen Sinn haben sollten, so könnten sie nur besagen, daß die Liberalen der Regierung Alles und womöglich noch etwas mehr bewilligt hätten, während die Conseruativen überall für Abstriche und Ersparnisse eingetreten wären. In Wirklichkeit war das Verhältnis so ziemlich umgekehrt. Was die Finanzen am schwersten bedrückt, sind die Ausgaben für das Heerwesen. Hat man jemals gehört, daß ein Conseruativ im Reichstage eine Verminderung des Militärbudgets verlangt, daß er auch nur einem einzelnen Abstrich an demselben zugestimmt hätte? Die nationalliberale Partei hat, wie es die Pflicht gegen das Vaterland gebietet, für die Armee Alles bewilligt, von dessen Rothwendigkeit sie überzeugt war; dadurch hat sie sich aber nicht hindern lassen,

zu sparen, wo sich nur irgendwie die Möglichkeit dazu darbot. In den Verhandlungen der Budgetcommission gab es keine entschiedeneren Bekämpfer jedes Herabminderungsantrags, als die Conseruativen. Und was den preussischen Landtag anlangt, so ist es wiederholt vorgekommen, daß von conseruativer Seite Vorn darüber geschlagen wurde, wenn die Liberalen nur die zur Prüfung einer außerordentlichen Geldforderung der Regierung notwendige Zeit forderten. Man beklagt sich über die Kostspieligkeit der „liberalen Selbstverwaltung“, aber den Ursprung des von den Liberalen eingeführten „weithläufigen Formenwesens.“ Es ist wahr, die Verwaltung ist kostspielig. Aber ist denn der gegenwärtige Zustand dasjenige, was die Liberalen unter Selbstverwaltung verstehen? Die neuen Verwaltungsgelehe sind dem preussischen Landtage vorgelegt von einem streng conseruativen Minister. Die nationalliberale Partei hat zu ihrem Aufstande kommen redlich mitgewirkt; aber sie hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie Vieles anders gestaltet zu sehen wünschte, sie hat vor Allem niemals verschwiegen, daß die Reform die von ihr erwartete Wirkung unmöglich haben könne, so lange sie ein unvollendetes Stückwerk bleibe, so lange nicht zugleich die selbstverständliche Consequenz der Einführung der Selbstverwaltung, eine erhebliche Vereinfachung des staatlichen Beamtenapparats, zur Wahrheit gemacht würde. Was haben die preussischen Conseruativen gethan, um diesen Mangel abzuheben? Haben sie sich nicht vielmehr den betreffenden Anträgen der Liberalen aufs Entschiedenste widersetzt? Dagegen waren sie stets bei der Hand, so oft es sich um die Schaffung neuer Beamtenstellen handelte. Und sind es etwa die Conseruativen gewesen, welche dem Ankauf von Eisenbahnen und dergleichen Widerstand leisteten? In einem Punkte allerdings hatten die Herren erhebliche Sparsamkeitsanwandlungen, nämlich wenn es sich um das Reform des preussischen Cultusministeriums Fall handelte. Ramentlich die Forderungen der Liberalen für Besserstellung des Lehrstandes fanden bei ihnen herzlich wenig Entgegenkommen. Nun, wir denken, die „Verschwendungsucht“ auf diesem Gebiete wird den Liberalen vom preussischen Volke wohl verziehen werden. Im Uebrigen mag Jeder aus dem Vorstehenden selbst entnehmen, mit welchem Recht die Vermehrung der öffentlichen Ausgaben als ein Werk Special der Liberalen bezeichnet wird. Was die Liberalen bewilligt haben, Das haben sie bewilligt nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung von den Bedürfnissen des Gemeinwohls. Ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, könnte unserer Erachtens nur etwa die Socialdemokratie anfechten; daß der Vorwurf von conseruativer Seite kommt, ist jedenfalls neu. Seht man sich indes über die häßliche Unfälligkeit dieses Gebahrens hinweg, so hat es auch seine xromatische Seite, wenn Conseruative es den Liberalen zum Verbrechen anrechnen, einer conseruativen Regierung Geld bewilligt zu haben.